



unserm Gewerbe. Unsere Forderung sei keine übertriebene, die Preissteigerung sei prozentual eine viel höhere. In allen Kollegenkreisen sei Notlage vorhanden. Im Interesse des gesamten Gewerbes liege es, durch angemessene Lohnerhöhung den Berufskollegen die Arbeitsfreudigkeit nicht zu rauben.

Wiederum verhandelte das Schiedsgericht unter sich, ohne daß es zu einem weiteren Schritt nach einer Einigung führte. Die Unparteiischen nahmen dann allein Stellung zu der Sachlage und unterbreiteten nach längerer Beratung dem Schiedsgericht einen Vorschlag, zu dem die Parteien getrennt beraten sollten. Sie waren der Meinung, daß 40 % Lohnerrhöhung der Lernerung nicht entspreche, und daß es angemessen und gerechtfertigt sei, vom 8. bis 15. September eine zehnprozentige und vom 16. September bis 15. Oktober eine weitere Erhöhung der Löhne um weitere 40 % eintreten zu lassen. Die Möglichkeit sollte vorbehalten werden, Ausgleich zu schaffen, um eine Anlehnung an die Bauarbeiterlöhne zu ermöglichen.

Unsere Kollegen bezeichneten eine zehnprozentige Lohnerrhöhung bei der jetzigen Geldentwertung als eine Rappalie, auch die weiteren 40 % genügten unter keinen Umständen. Wieder blieben wir andern Gewerben gegenüber 3 Wochen zurück. Mindestens müsse eine sofortige zehnprozentige Lohnerrhöhung eintreten, wie die meisten Schlichtungsausschüsse entschieden, ferner eine zweimonatige Verhandlungsperiode. Der Vorschlag der Unparteiischen sei ungenügend, weil er der Lernerung nicht Rechnung trage. Da beide Parteien von ihrem Standpunkt nicht abgingen, fanden die Unparteiischen mit ihrem Vorschlag von keiner Seite Unterstützung. Sie ersuchten aber spät abends dringend, um die Verhandlung nicht resultatlos auseinandergehen zu lassen, am kommenden Tage die Beratungen zunächst ohne ihre Mitwirkung wieder aufzunehmen.

Nach den Verhandlungen der einzelnen Parteien stellte sich bald heraus, daß ohne die Unparteiischen kein Schritt vorwärts zu kommen war, da die Arbeitgeber jede Verbesserung der Vorschläge ablehnten. Stundenlang verhandelten darauf die Unparteiischen mit den Parteien des Schiedsgerichts gesondert. Eine nähere Formulierung des zu fallenden Spruchs stieß wegen verschiedener Punkte auf den größten Widerstand unserer Kollegen. Die Arbeitgeber lehnten eine weitere Lohnverbesserung ab und beharrten darauf, daß die neuen Löhne bis 15. Oktober in Kraft bleiben müßten, während die Unparteiischen einen früheren Termin für angemessen hielten und auch gegen die Einführung von Soziallöhnen sich wehrten.

Wiederum traten die Vertreter des Schiedsgerichts zusammen, nachdem die Unparteiischen endgültig ihren Spruch formuliert hatten, den sie nun bekanntgaben. Nach Annahme dieses oben abgedruckten Vorschlags folgten Dienstag abend und Mittwoch die Beratungen der beiderseitigen Vertreter der Bezirke und Landesverbände, wodurch die Löhne für die einzelnen Orte ziffernmäßig festgesetzt wurden. Für Berlin, Bayern, Baden, Rheinpfalz und den Bezirk Norddeutschland konnten die Parteien zu keiner Verständigung kommen, so daß über diese Lohngebiete Mittwoch abend noch durch das Schiedsgericht entschieden werden mußte.

So kamen nach dreitägigen äußerst schwierigen Verhandlungen die neuen Lohnsätze zustande, die umgehend unsern Filialverwaltungen durch die Bezirksleiter bekanntgegeben worden sind. — Wir kommen noch näher darauf zurück.

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Der heutige Arbeitsmarkt ist ein für alle Erschütterungen unserer industriell hochentwickelten Wirtschaftslebens besonders empfindlicher Gradmesser. Denn die Folgen des gänzlichen Zusammenbruchs unserer Währung machen sich nicht nur in einer alle Grenzen übersteigenden Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen von der breiten Masse des Volkes zu konsumierenden Bedarfsartikel so überaus drastisch bemerkbar, sondern die Marktlage unterbindet auch weitestens Stellen der Bevölkerung alle Erwerbsmöglichkeiten. Die bisherige Konjunktur konnte zum Teil nur durch den fortwährenden Ausverkauf unseres Volkvermögens aufrechterhalten werden. Bei der heutigen Valuta wird für

uns die Bedarfsdeckung an hochwertigen Rohmaterialien aus dem Auslande für die Warenherzeugung und Warenveredelung eine Unmöglichkeit. Damit muß aber auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln stark eingeschränkt werden, und Hunger und Not sind für das arbeitende Volk in bedrohlich greifbare Nähe gerückt.

Da unser Malergewerbe nicht zu den lebenswichtigen Berufen zu zählen ist, so machen sich Störungen des Wirtschaftslebens bei uns immer sofort bemerkbar, indem geplante Aufträge an Malerarbeiten zurückgestellt und bereits in Angriff genommene Neu- oder Renovierungsarbeiten auf das irgend mögliche Mindestmaß beschränkt werden. Ist das schon aus volkswirtschaftlichen Gründen überaus bedauerlich, da wertvolle Objekte, die durch Erneuerung der Schutzanstriche erhalten werden könnten, dem sicheren Verderb anheimfallen, so werden naturgemäß in erster Linie die Arbeitnehmer unseres Berufes besonders hart getroffen, da sie an und für sich schon allen Schwankungen der Konjunktur eines ausgesprochenen Saisongewerbes unterworfen sind. Schon in unserer Erhebung über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder für den Monat Juli mußten wir eine Abnahme der Arbeitsgelegenheit im Berufe von 0,2 % gegen den Vormonat feststellen. Die Arbeitslosigkeit hat im Monat August weiter um sich gegriffen, und am 26. August wurden in 156 Filialen mit 57 164 Mitgliedern bereits 677 Arbeitslose oder 1,2 vom Hundert der erfaßten Berufskollegen gezählt. In der nachstehenden Tabelle haben wir diesmal die Rubriken für die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, die sogenannte „Kurzarbeit“, wegen der für uns recht geringen Bedeutung weggelassen und dafür den Zahlen für das laufende Jahr die Ergebnisse des vorigen Jahres gegenübergestellt, um so eine vergleichende Uebersicht zu ermöglichen. Im Bedarfsfalle kann die vorkommende Kurzarbeit in Zukunft teils mit verarbeitet werden; seit April dieses Jahres sind dahingehende Feststellungen ergebnislos geblieben. Dagegen dürfte die Entwicklung der Arbeitslosenstatistik über einen längeren Zeitraum bei allen Kollegen lebhaftem Interesse begegnen; denn die nackten Zahlen reden für jeden, der sich nur einigermaßen darin zu vertiefen versteht, eine unübersehbare deutliche Sprache über die Arbeitsverhältnisse in unserm Berufe.

Monat	Es errichteten Filialen		Mitgliedszahl in den bestehenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1921	1922	1921	1922	1921	1922	1921	1922
Januar ..	173	153	52 602	50 644	8116	6772	15,4	13,3
Februar ..	171	159	53 699	54 062	7296	5791	13,6	10,7
März ...	172	147	52 551	44 901	2278	531	4,3	1,2
April ...	161	150	52 937	54 967	2462	518	4,6	0,9
Mai ...	174	146	52 851	55 843	559	179	1,1	0,3
Juni ...	165	143	52 959	48 506	466	161	0,9	0,3
Juli ...	144	148	51 302	56 999	268	287	0,5	0,5
August ..	163	156	52 705	57 164	284	677	0,5	1,2
Septemb.	151	—	52 645	—	221	—	0,4	—
Oktober ..	161	—	54 609	—	507	—	1,9	—
November	161	—	50 187	—	2039	—	4,1	—
Dezember	155	—	51 896	—	4112	—	7,9	—

Wie das Gesamtresultat sich wesentlich verschlechtert hat, so hat auch die Arbeitslosigkeit in den Bezirken mit einer Ausnahme an Umfang zugenommen. So wurden ermittelt im 1. Bezirk in 46 Filialen mit 11 445 Mitgliedern 194 = 1,7 % (gegen 0,8 % im Juli) Arbeitslose, im 2. Bezirk in 13 Filialen mit 8048 Mitgliedern 37 = 0,5 % (0,1) Arbeitslose, im 3. Bezirk in 23 Filialen mit 9776 Mitgliedern 183 = 1,9 % (0,6) Arbeitslose, im 4. Bezirk in 23 Filialen mit 9604 Mitgliedern 128 = 1,3 % (0,8) Arbeitslose, im 5. Bezirk in 27 Filialen mit 11 510 Mitgliedern 100 = 0,9 % (0,9) Arbeitslose, im 6. Bezirk in 15 Filialen mit 4588 Mitgliedern 8 = 0,2 % (0,2) Arbeitslose und im 7. Bezirk in 9 Filialen mit 2186 Mitgliedern 27 = 1,2 % (0,6) Arbeitslose.

Die Gesamtmitgliedszahl unseres Verbandes ist nach unserer diesmaligen Erhebung auf 60 480 (davon 433 weibliche) gestiegen. Für die 36 Filialen, die ihre Berichtskarte bis zum 8. September noch nicht eingereicht haben, mußte dabei allerdings die Zahl aus einem vorhergegangenen Monat eingerechnet werden, während die an diesen Orten wohnenden Arbeitslosen nicht mit erfaßt werden konnten.

Nicht berichtet haben vom 1. Bezirk die Filialen Anklam, Demmin, Forst i. d. S., Fürstentbalde, Gleiwitz, Greifswald, Grünberg, Jüterbog, Wandeshut; vom 2. Bezirk: Neumark, Saarbrücken, Trier; vom 3. Bezirk: Celle, Norden, Schleswig; vom 4. Bezirk: Bocholt, Detmold, Hamm, Vintfort, Lüdenscheid, Siegen, Solingen; vom 5. Bezirk: Apolda, Eisenach, Weida, Zeitz; vom 6. Bezirk: Schwab. Gmünd; vom 7. Bezirk: Bamberg, Bayreuth, Hof, Ingolstadt, München, Passau, Rosenheim, Schweinfurt und Weiden.

Für den Monat September wird die Erhebung noch auf die Arbeitslosigkeit und den Betrag der im 3. Vierteljahr ausgezahlten Beträge für Arbeitslosenunterstützung ausgebeht. Zu einer geregelten Geschäftsführung in den Filialen gehört auch eine lückenlose Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit in den Filialen, der in den Zeiten einer absteigenden Konjunktur eine um so größere Bedeutung beizumessen ist; das um so mehr, als die Ergebnisse eine zuverlässige Unterlage bei den Lohnvereinbarungen bilden können, da die Arbeitgeber vielfach das Bestreben zeigen, die Arbeitslosigkeit größer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit ist. Das müßte von allen Filialen ganz besonders beachtet werden.

### Die Folgen der Geldentwertung.

In einer eingehenden Studie des Volkswirtschaftlers R. Kehn in der letzten Wiederaufbaumnummer über die Folgen der Geldentwertung für die verschiedenen Klassen und Gesellschaftsschichten werden unter anderm folgende Feststellungen gemacht:

1. Die Geldentwertung wurde durch zwei große Triebkräfte bedingt: die Mittellosigkeit der Regierungen und den politischen Einfluß der Schuldnereklasse. Die Regierungen mußten, um den Staatsbetrieb aufrechtzuerhalten, fortwährend zur Geldverschlechterung schreiten. Die Geldentwertung (durch Herstellung neuer Noten) war und ist die letzte Reserve einer Regierung. Kein Staat und keine Regierung wird ihren eigenen Bankrott oder ihren Sturz beschließen, solange das Instrument der Geldentwertung ungenützt bereitsteht. — Die Schuldnerklasse, ganz besonders aber die Hypothekenschuldner, das heißt die politisch zu mächtigen Landwirte, die zur Zahlung einer bestimmten Geldsumme verpflichtet waren, die sie jetzt in entwertetem Geld zurückzahlen, nehmen ebenfalls an dem Nutzen teil.

2. Die Reallohne sinken infolge der Geldentwertung, da die Löhne den Preisen fast vollständig erst nachhinken — ein Gemeinplatz der wirtschaftlichen Lehrbücher. Gewisse Arbeitergruppen konnten jedoch sich dieser Regel entziehen und wußten das Sinken ihres Reallohnes zu verhindern. Diese haben ihren Vorteil allein ihren starken Organisationen zu verdanken.

3. Das Aufkommen neuer Unternehmungen wird durch die Geldentwertung erschwert, den schon bestehenden erwachsen in dieser Periode keine Konkurrenten. Die bereits existierenden Unternehmungen haben ihre Betriebsanlagen billiger eingekauft, als es bei den heutigen Preisen der Fall wäre, und dies bietet ihnen einen Schutz gegen das Aufkommen neuer Konkurrenten. Auch wird der neue Konkurrent durch die Preisschwankungen und die Angst vor einem Rückschlag in der Preisgestaltung abgeschreckt. So werden die bestehenden und eingeführten Konzerne gestärkt.

4. Da die Volkswirtschaften mit entwerteter Valuta im allgemeinen mehr verbrauchen als sie erzeugen, indem die Verminderung des Reichtums nicht auf Kosten des Verbrauches einzelner Klassen geschah, hat sich die Anhäufung (akkumulation) des Kapitals infolge der Geldentwertung verlangsamt. Diese Volkswirtschaften zehren nicht vom Einkommen, sondern vom Kapital. Und doch erfordert eine wachsende Bevölkerung — sagt Kehn — zur Erhaltung des bisherigen Lebensniveaus ein angemessenes Wachstum des Kapitals. Aus diesem Grunde läuft Europa Gefahr, seine Lebenshaltung dauernd herabzusetzen.

5. Die Geldentwertung hat den Geschäftsmann in einen Schieber verwandelt. Dieser Prozeß ist ein Schlag gegen den Kapitalismus, weil er das psychologische Gleichgewicht, das die Fortdauer der ungleichmäßig hohen Profite begründete, wesentlich stört. Die Lehre vom normalen Gewinn der Unternehmer, die in den wirtschaftlichen Lehrbüchern enthalten ist, war bisher die grund-

### Mensch.

Mensch sein heißt Verantwortung haben, Verantwortung vor sich selber, Verantwortung vor der Welt, Verantwortung vor der Zukunft. Für sich selber sorgt auch der Löwe mit eigener Kraft, gemeinjam ringen auch die Kraniche und die Gans und die Pelikane und viele andere Vögel der Welt um die Nahrung. Der Mensch soll mehr: er soll Mensch sein. Ein Glied des Ganzen und doch über dem Ganzen, indem er es erschafft, in sich fühlt und betragt. Menschlichkeit zu neuen Höhen.

Es ist etwas Wunderbares um das Menschsein. Die Tiere, die Pflanzen, alles andere Leben kennt nur die reine Eigenliebe. Der Mensch fühlt die Zusammenhänge. Er sieht das Große. Er empfindet den Sinn, der hinter den Gans steht. Er ahnt das Neue, das aus diesen unverständlichen Gesetzen und Her werden soll. Die Verklärung der Seele, Menschsein.

Das was das allerhöchste Menschliche ist, dieses tiefste des Geistes, es soll frei sein. Daraus soll die Seele und in Freude soll sie erschaffen die Welt. In den Gedanken und Taten soll sie sich wiederfinden und aus der Schwere der Materie: Mensch die eigene Kraft und das eigene freie Glied.

Und das ist die große Verantwortung, die die Natur dem Menschen auferlegt: Ist er ein Glied jenes Daseins? Erlebt er diese seine wahre Menschlichkeit? Kann er stehen vor dem großen neuen Menschentum? — Gerade heute gilt es, diese Pflicht zur Menschlichkeit zu bejahen. Nicht geht es um die Not, wohl geht es um die Not der Menschheit, um die menschliche Not. Doch ist menschlich soll immer noch sein das heilige Innere. In Leben ist der Mensch und Künstler nicht als bloßes menschliches Wesen, der Mensch.

### Die Kunst im Arbeiterheim.

Wie in unermüdlichem Kampf die Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet jaher unüberwindliche Hindernisse zur Erringung sozialer und ökonomischer Freiheiten den Volkswaffen aus dem Weg räumten, so hat der geistig regsamste Teil der Arbeiterklasse mit nie versagender Kraft daran gearbeitet, auch in kultureller Hinsicht den Massen den Weg zu bahnen. So erschlossen die Volkshäuser in Berlin, Wien und anderen Städten der Arbeiterklasse das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die ihre Wirksamkeit bald über das gesamte Gebiet der Kunst ausbreiteten, boten der Arbeiterklasse neben guten Kunstabend und klassischen Konzerten in Büchern und Vortragsveranstaltungen Literatur und Heimischmut von gewähltem Geschmack. All diesen Bestrebungen stellen nun die vier großen Gewerkschaften der großstädtischen Industrie als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein den Volkskunstverlag „Das Bild“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung (Geschäftsstelle Berlin-Mariendorf, Kurfürstendamm 19) zur Seite. Der Zweck der Genossenschaft ist sachgemäß: „Die Herausgabe und der Vertrieb originalgetreuer Wiedergaben bildender und angrenzender Kunst der Vergangenheit und Gegenwart“. Bisher sind drei Drucke erschienen: „Das Balkonzimmer“ von Adolf Menzel, „Der Kohlenarren“ und „Wende Landchaft“ von Richard Schickel. Weitere Werke sind in Vorbereitung. Der Preis der originalgetreuen Bilder (46 x 56, 56 x 62, 62 x 66 cm) beträgt 60 M für das Blatt. Die Bildungsausschüsse, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der linken sozialdemokratischen Parteien, der Volkshäuser, der Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Buchbinder, der Deutschen Holzarbeiter u. i. in Berlin, Leipzig,

Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen bzw. ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftskartelle, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die obengenannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt.

Durch die Ausschüttung eines jeden Gewinnes ist ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minderbesoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandbild in geeigneter Rahmung, wie zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeiterklasse angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischen Empfinden gemäße Auswahl der Werke.

Wir begrüßen freudig diese Kulturhelfer des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Nutzen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unlieblichen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterklasse auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gesittung, reicheres Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstverleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse.

legende Rechtfertigung des Kapitalismus. Es hieß, daß der Profit in irgendeinem billigen Verhältnis zur Tätigkeit des Unternehmers in der gesellschaftlichen Produktion stand. Diese Illusion wurde nun aber zerstört, und so ist die Entwertung des Geldes nach Keynes verantwortlich für die Erschütterung der vorhandenen Wirtschaftsordnung. Diese Feststellung Keynes' wäre an sich vollkommen zutreffend. Die Geldentwertung hat den wahren Charakter der heutigen Wirtschaftsordnung tatsächlich enthüllt. Ihre realen Grundlagen sind trotzdem — im Gegensatz zu Keynes' Behauptung — nicht erschüttert, aus dem Grunde nicht, weil diese Wahrheit noch nicht genügend in das Bewußtsein der Massen eingedrungen ist. Für die Not der Geldentwertung machen breite Schichten immer noch nicht den Kapitalismus, sondern oft jene Bewegungen verantwortlich, die die Beseitigung des Kapitalismus sich zum Ziele gesetzt haben.

### Das Existenzminimum im August.

Die Kosten des Existenzminimums waren nach den Berechnungen von Dr. A. Puczynski in Groß-Berlin im August um reichlich zwei Drittel höher als im Juli, 2 1/2 mal so hoch wie im Juni, 5 mal so hoch wie im Januar-Februar und annähernd 9 mal so hoch wie im August 1921. Rationiertes Brot kostete 4 mal soviel wie vor einem Jahre, Kartoffeln und Milch 5 mal soviel, Bricketts und Gas 6 mal soviel, Hafersloden, Reis 8 mal soviel, Speck, Salzheringe, Margarine 9 mal soviel, Erbsen 10 mal soviel, Spießbohnen 11 mal soviel, Zucker 12 mal soviel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Rationiertes Brot kostete 54 mal soviel wie vor neun Jahren, Gas 64 mal soviel, Milch 83 mal soviel, Bricketts 92 mal soviel, Kartoffeln 132 mal soviel, Margarine 141 mal soviel, Brot im freien Handel 145 mal soviel, Reis 155 mal soviel, Zucker und Speck 220 mal soviel.

Begreift man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 146 M., für eine Frau auf 333 M., für einen Mann auf 467 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im August 1913 für ein Kind 140 M., für eine Frau 2,90 M., für einen Mann 3,78 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 9 Jahren billiger, weil zum Beispiel billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand.)

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Bricketts und für Beleuchtung 6 Kubimeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 16 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 106,10 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 48 M. (75 S.). Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 435 M. (2,50 M.), Frau 290 M. (1,65 M.), Kind 145 M. (85 S.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehl., Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30% (1913/14: 25%) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Gehpaar	Gehpaar mit 2 Kindern
Ernährung .....	467,—	799,—	1091,—
Wohnung .....	16,—	16,—	16,—
Heizung, Beleuchtung	154,—	154,—	154,—
Bekleidung .....	435,—	290,—	145,—
Sonstiges .....	321,—	509,—	682,—
August 1922 .....	1393,—	2203,—	2958,—
Juli 1922 .....	829,—	1298,—	1768,—
Juni 1922 .....	579,—	887,—	1195,—
August 1921 .....	165,—	251,—	339,—
August 1920 .....	144,—	216,—	308,—
Aug. 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 bis 1922 vergleiche mein Buch „Verbrauchernot und Wälua“, Verlag: Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestlohn im August 1922 für einen allein stehenden Mann 232 M., für ein kinderloses Ehepaar 367 M., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 493 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den allein stehenden Mann 72.650 M., für das kinderlose Ehepaar 114.900 M., für das Ehepaar mit 2 Kindern 154.850 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum August 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den allein stehenden Mann von 16,75 auf 1393 M., das heißt auf das 83,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 2203 M., das heißt auf das 98,8fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 auf 2958 M., das heißt auf das 102,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im August etwa 1/3 wert.

### Die Teuerungskatastrophe und die Gewerkschaften.

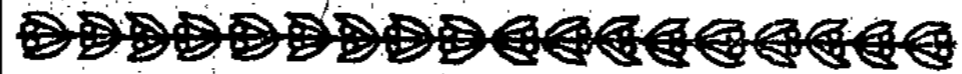
Im „Korrespondenzblatt“ Nr. 32 veröffentlicht hierüber der Sekretär des DGB, Genosse Knoll, nachstehende beachtenswerte Ausführungen: Der Sturz der deutschen Mark, den wir in den letzten Wochen beobachten mußten, hat eine geradezu katastrophale Wirkung für die Lebenshaltung der breiten Massen des deutschen Volkes zur Folge gehabt. Die unter Opfern und Mühen erzielten Errungenschaften der vielen Lohnkämpfe des letzten Jahres sind der deutschen Arbeiter- und Angestelltenerschaft glatt aus der Hand geschlagen worden; alles, was die Beamtenerschaft in wiederholten scharfen und langwierigen Verhandlungen an Teuerungszulagen davongetragen hat, wurde ihr sozusagen unter den Händen weggeschoben, und es ist ausgedrückt, daß die Gewerkschaften in demselben Tempo das, was der Arbeitererschaft so in Tagen gewonnenen, in Monaten wieder einbüßen können.

### Kollegen!

Zum ersten Male erhalten in diesem Jahre Kollegen, die ein Jahr in einer Werkstelle beschäftigt sind, in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober 3 Tage Ferien.

Der Endtermin steht bald bevor, so daß diejenigen Kollegen, die Anspruch auf Ferien haben, sie aber noch nicht erhalten haben, unverzüglich die Forderung an ihren Arbeitgeber stellen wollen.

Die Ferienordnung ist ein Bestandteil des Reichstarifvertrages, so daß es Pflicht der Kollegen ist, für ihre richtige und vollständige Durchführung einzutreten.



Diese Erkenntnis ist ganz allgemein auch in den Massen der Arbeiterschaft vorhanden. Wenn sie sich dennoch in zahlreichen Zuschriften und Entschuldigungen durch ihre örtlichen Organe an ihre gewerkschaftliche Spitzenorganisation, den DGB, wendet, so nicht deshalb, weil sie von diesem eine entsprechende Erhöhung ihrer Löhne, sondern durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung erwarten! Aus fast allen Zuschriften klingt es heraus: Nicht weitere Lohnsteigerungen vermögen uns zu retten, sondern nur eine Eindämmung der ungeheuren Teuerungswelle, weil jede Lohnserhöhung, wenn sie endlich eintritt, inzwischen längst wieder durch eben diese Flut überholt ist. Gegen die Teuerung mit den schärfsten gewerkschaftlichen Maßnahmen und Mitteln anzugehen — und auch gegen die Regierung, wenn diese sich nicht endlich zu durchgreifenden Maßnahmen entschließt —, das ist das A und O aller Entschuldigungen und Proteste. Es ist zweifellos ein Beweis hohen Vertrauens zu den Gewerkschaften und zum DGB, wenn die Massen der Arbeiter in diesen in ihrer Not ihre letzte Zuflucht sehen und auf sie alle Hoffnungen setzen. Aber in diesem großen und rückhaltlosen Vertrauen beruht doch eine große Gefahr für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Ganz gewiß ist das Vertrauen zu den Gewerkschaften eine wesentliche Voraussetzung für ihre Tätigkeit und ihren Erfolg. Aber selbst das größte Vertrauen vermag nicht über Hemmnisse und Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, die gänzlich außerhalb des Machtbereichs der Gewerkschaften liegen — zu deren Beseitigung die Gewerkschaften auch keine Regierung zwingen können, weil auch diese darauf keinen Einfluß hat —, nämlich die Grundursache des heutigen wirtschaftlichen Elends in Deutschland.

Ganz gewiß haben wir in Deutschland eine Anzahl von Uebeln und gefährlichen Erscheinungen auf dem Gebiete der Warenverteuerung zu verzeichnen. So weit diese getroffen werden können, sind sich alle in Betracht kommenden Körperschaften darin einig, sie zu treffen und zu beseitigen. Aber es ist doch angesichts der gesamten Sachlage notwendig, sich endlich auch in den Kreisen der Arbeiterschaft darüber vollkommen klar zu werden, daß es sich bei allen diesen Erscheinungen nur um die Symptome eines Uebels handelt, dessen eigentliche Ursachen außerhalb Deutschlands, nämlich in dem Versailler Friedensdiktat und dessen Auswirkungen, liegen. Solange dieses Diktat besteht und solange Deutschland selbst nicht in der Lage ist, bei der Anwendung dieses wahrhaften Martirerinstrumentes auch nur ein Wort mitzureden, solange sind wir auch nicht davor geschützt, daß immer wieder solche Katastrophen heraufbeschworen werden, wie wir sie im Augenblicke erleben.

Es ist nicht der Zweck dieses Artikels, eine Abhandlung über das Versailler Friedensdiktat zu schreiben. Wer sich darüber und besonders über die französische „Friedens“-Politik ein Urteil bilden will, der lese das Buch des englischen Volkswirtschaftlers Professor Keynes über die wirtschaftlichen Wirkungen des Friedensvertrages. Wer das liest, der versteht auch die Politik Frankreichs. Der sieht klar, daß die, vom wirtschaftspolitischen Standpunkte aus gesehen, geradezu unbegreifliche Politik eines Clemenceau und Poincaré die geradlinige, konsequente Fortsetzung der Politik ist, die Frankreich von allem Anfang an verfolgt hat. Es will sein noch immer nicht aufgegebenes Kriegsziel, die wirtschaftliche Zerstörung und politische Zerstückelung Deutschlands, auf diese Art und Weise erreichen. Wenn daher jede Reparations-, Sanktions- und Retorsionsrede des Herrn Poincaré das deutsche Wirtschaftsleben um Milliarden schädigt und der deutschen Arbeiterschaft immer wieder neue Teuerung, neues Elend bringt, so liegt das durchaus in der Linie dieser Politik.

Wir fragen: Welche Mittel können die Gewerkschaften dagegen anwenden oder wie sollen sie die Reichsregierung zwingen, dem abzuhelfen? Kann das eine deutsche Regierung, könnte das eine Arbeiterregierung, von der in der letzten Zeit wieder häufiger geredet wird? Nein!

Hier kann nur auf internationalem Wege Abhilfe geschaffen werden. Dieser Weg ist aber naturgemäß ein langer und beschwerlicher. Die deutsche Arbeiterschaft kann sich jedoch versichert halten, daß ihre Gewerkschaften diesen Weg längst beschritten haben, und sie werden, soweit sie dazu in der Lage sind, darauf drängen, daß die notwendigen Mittel angewandt werden.

Nach diesen Darlegungen wird man erst begreifen und zustimmen, wenn wir sagen, daß die leider recht zahlreichen Wucherer und Devisenspekulanten in Deutschland eigentlich nur die Schmeißfliegen sind, die in den blutenden Wunden des deutschen Wirtschaftskörpers schmaroken, die die französische Reparationspolitik ihm immer und immer wieder zufügt. Würde man diesem Körper nur einmal Gelegenheit geben, seine Wunden zu heilen, dann verschwinden die deutschen Schmeißfliegen von selbst, weil sie dann nicht mehr schmaroken könnten. Aber das ist ja das besonders Bösartige dieser Reparationspolitik, daß sie die Wunden, wenn sie zu heilen begonnen haben, offensichtlich immer wieder aufreißt und noch vertieft. Wir werden trotzdem den Kampf auch gegen dieses Geschwür rücksichtslos weiterführen. Aber dies ist, wie gesagt, ein Kampf nur gegen die Symptome und nicht gegen die Ursachen der Krankheit. Sein Erfolg kann deshalb immer nur ein relativer sein.

### Lohnbewegungen.

Neue Lohnvereinbarungen für Rheinland-Westfalen. Der am 10. August vom Staatskommissar in Dortmund gefällte Schiedsspruch für das rheinisch-westfälische Malergewerbe sah nach dem 1. September neue Verhandlungsmöglichkeiten vor, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses bedingten. Nach den in den letzten Wochen eingetretenen sprunghaften Preiserhöhungen wurde durch die Gehilfenorganisationen am 28. August der Antrag auf neue Lohnverhandlungen gestellt, die am 4. September in Bochum ohne Unparteiischen statifanden. Nach eingehender Begründung einer wesentlichen Lohnsteigerung durch unsere Kollegen kam nach vierstündiger Verhandlung nachstehende Einigung zustande:

„In den am 4. September stattgefundenen Lohnverhandlungen wurde folgendes vereinbart:

Die Augustlöhne erhöhen sich in allen Lohngebieten ab 1. September um 5 M., und ab 8. September um weitere 20 M pro Stunde.

Am 19. September finden auf vorherigen Antrag der Parteien neue Lohnverhandlungen statt.“

Einen wirklichen Ausgleich für die Teuerung bringt die Zulage nicht. Doch nach genauer Prüfung der bestehenden Verhältnisse gaben die Verhandlungsteilnehmer dem Angebot ihre Zustimmung.

Zuzug unserer Kollegen nach Bad Oldesloe und Bargteheide (Zahlstellen von Hamburg) ist gesperrt. Die Innung von Oldesloe hat den bisher bestehenden Tarif gekündigt und weigert sich, einen neuen Tarif mit uns abzuschließen. Die Löhne werden von der Innung selbstherrlich festgesetzt, sie sind unverhältnismäßig niedrig. Die einzelnen Meister suchen durch Vermittlung der umliegenden Arbeitsnachweise, insbesondere auch durch den Hamburger Arbeitsnachweis und durch Zeitungsannoncen, Gehilfen heranzuziehen. Wir warnen unsere Kollegen vor Zuzug nach den beiden Orten. Das gleiche trifft auch für die Malermeister auf der Insel Helgoland zu (nicht für den dortigen Betrieb des Reichsvermögensamtes, bei dem die Löhne tariflich geregelt sind). Wir werden an dieser Stelle die Aufhebung der Sperre bekanntgeben, wenn die Differenzen erledigt sind.

### Aus der Betriebsrätepraxis.

#### Aufgaben und Befugnisse der Betriebsvertretung.

Wenn der Betriebsratsvorsitzende einen beruuglückten Arbeiter während der Arbeitszeit besucht, um festzustellen, welches die Ursache des Unfalles war, so kann ihm für die Zeit ein Lohnabzug nicht gemacht werden. Der Betriebsratsvorsitzende handelt in Erfüllung seiner Aufgaben gemäß §§ 60 Ziffer 8, 78 Ziffer 6 des Betriebsrätegesetzes. Die Befugnisse des Arbeitgebers sind begründet durch den § 35 des Betriebsrätegesetzes. (Entnommen einem Urteil des Gewerbegerichts Stuttgart, 14. Dezember 1921. „Das Schlichtungsweien“ Nr. 7, 4. Jahrgang, Seite 171.)

### Gewerkschaftliches.

Georg Fröhlich †. Der langjährige Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes in Köln und in den letzten Jahren Mitglied der Gauleitung daselbst ist im Alter von nur 53 Jahren gestorben. Mit Georg Fröhlich ist ein Gewerkschafter dahingegangen, dessen Name weit über den engeren Kreis seiner Gewerkschaft und seines Gauces in Arbeiterkreisen einen guten Klang hatte. In aller Erinnerung dürfte seine Beurteilung zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe sein, die ihm sein mutiges Eintreten für seine Kollegen einbrachte. Ein äußerst zuverlässiges Subjekt hatte sich nach einem Lohnkampf offen zugunsten der Unternehmer mißbrauchen lassen. Von der Strafe des Klassenrichters hat sich Fröhlich nicht mehr ganz erholen können, wenn ihm auch seine Berufskollegen und Klassenossen ihre Achtung treu bewahrten. Er war ein Kämpfer und Sozialist; mit seinem Verband steht die ganze Arbeiterschaft trauernd an seiner Bahre.

#### Eine zeitgemäße Beitragsregulierung hat der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband auf seinem 9. Verbands-

tage vom 21. bis 26. August in Magdeburg vorgenommen. Die Statutenberatungskommission war schon 2 Tage vorher zusammengetreten, um die 432 Anträge zu den Verbandsaufstellungen vorzubereiten. Ihre Anregungen zur Beitragsfrage fanden die Zustimmung der Generalversammlung, so daß der wöchentliche Verbandsbeitrag für die Hauptkategorie bei einem Wochenlohn bis zu 200 M 2 M., von 200 bis 400 M 4 M., von 400 bis 600 M 6 M., von 600 bis 800 M 8 M. und für weitere 200 M wöchentliches Einkommen je weitere 2 M Beitrag beträgt, zu denen dann noch die Ortszuschläge für Filialen und Zahlstellen kommen. Danach steigen die Verbandsbeiträge ganz automatisch mit den Lohnserhöhungen, ohne daß jedesmal besondere örtliche Änderungen nötig werden. Den höheren Beiträgen entsprechend wurden auch alle Unterstützungssätze, am wesentlichsten die Streitunterstützung, hinaufgesetzt. Für alle ehrenamtlich tätigen Funktionäre und für die Angeestellten des Verbandes wurde, wie schon in vielen andern Gewerkschaften, eine Hinterbliebenen- und Ruhegehaltsunterstützungskasse geschaffen. Der Verbandstag begrüßte ferner die Bestrebungen zur Schaffung großer Industrieorganisationen und verlangt nachdrückliche Unterstützung aller dahingehenden Versuche. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

#### Durch Urabstimmung im Glaserverband wurde

beschlossen, sich dem neugegründeten Baugewerksbund anzuschließen. Von den 4065 Mitgliedern — worunter sich 27 weibliche befinden — haben nur 2715 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, und 7 Zahlstellen haben bis zum festgesetzten Datum kein Resultat an den Hauptvorstand eingeschickt. Für Anschluß an den Baugewerksbund haben 2428 Mitglieder ihre Stimme abgegeben, während 278 dagegen stimmten und 9 Zettel ungültig waren.

Zur Einberufung eines kommunistischen Reichsbetriebsrätekongresses wird in der kommunistischen Presse Propaganda gemacht. Die Arbeiter werden darin aufgefordert, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, da die Gewerkschaftsführer nicht daran dächten, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Betteisuppen verhandelten und freundschaftlich mit den Kapitalisten verkehrten. Eine angebliche Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wende sich an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, Kontrollausschüsse zu bilden, die Preise zu regulieren, die Produktion zu überwachen und das ganze Wirtschaftsleben des Reiches zu kontrollieren. Die Betriebsräte sollen das Bank- und Geschäftsgeheimnis durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und Länder eindringen, die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel, Bekleidung, Textil- und Lederwaren, Mochlen und Wohnungen überwachen, durch die Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte eingefahren wird, kontrollieren und die Warenproduktion lahmlegen sowie die Eisenbahngüter abhalten. Die Betriebsrätevollversammlung habe aber so wenig Vertrauen zur Tatkraft der Einzelgewerkschaften, daß sie selbst einen Ausschuss von 15 Personen ernannte und beauftragt habe, sich mit ebensolchen Ausschüssen im Reich in Verbindung zu setzen und in spätestens 4 Wochen einen Reichsbetriebsrätekongress zu organisieren, zu dem die Delegierten durch Urwahlen aus den Betrieben hervorgehen sollen. Der Kongress soll auch gegen den Willen der Inspektoren einberufen werden und die Gewerkschaftsführer sollen gezwungen werden, ihren Beauftragten, den Betriebsräten, Hilfe und Antwort zu leisten.

Die angebliche Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte war nichts weiter als eine unkontrollierte Zusammenkunft von einigen hundert Personen, deren Betriebsrätequalität durchaus unbestritten ist. Die große Mehrzahl der Betriebsräte, darunter die größten und wichtigsten Groß-Berlins, waren völlig unvertreten. Hinter der angeblichen Vollversammlung der Berliner Betriebsräte steht nichts anderes als die Zentrale der kommunistischen Partei, die die gegenwärtige Lage benutzen will, um wieder einmal ihr Mißbehagen zu verwirklichen. Ihre Parolen sind sämtlich darauf gerichtet, die Gewerkschaftsleitungen durch eine direkte Aktion ausgewiesener Betriebsvertreter beiseite zu schieben und eine Mißpolitik durchzuführen, die den kommunistischen Zwecken entspricht.

Es bedarf nur der Feststellung dieser Tatsache, um der deutschen Arbeiterschaft darüber die Augen zu öffnen, was sie von der Unterstützung solcher Verirrungen zu erwarten hätte. Die Gewerkschaften stehen in einem harten und zähen Kampf gegen die Teuerung. Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterschaft abzuhalten. Wer ihnen in dieser Situation durch Sonderaktionen, Gegenparolen und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beteiligung hieran in den Rücken fällt, der schädigt die Gewerkschaftsbewegung und hat damit zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und behandelt wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzuweichen, Maßnahmen zur Linderung der Teuerung und zur wirtschaftlichen Gelandung vorgeschlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmitgliedern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem kürzesten Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht. Es bedarf dazu nicht des Aufweges über kommunistische Ausschüsse und Veranstaltungen. In diesen Tagen, da Schmerz auf der deutschen Bevölkerung und insbesondere auf der Arbeiterklasse lastet, muß volle Gerechtigkeit in den Gewerkschaften über Verteidigung der ohnehin dürftigen Lebensmöglichkeiten bestehen. Wenn hier Unfrieden und Zersplitterung in unsere Reihen getragen wird, dann ist jeder Widerstand nutzlos und unser Volk der Verelendung und Verflabung überliefert. Weil aber alles auf dem Spiele steht, was wir bisher errungen haben, deshalb muß auch darüber volle Klarheit geschaffen werden, daß es in diesem Kampfe nur ein Hüben und Drüben geben kann. Wenn die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, der wird die Konsequenzen seiner Handlungen auf sich nehmen müssen.

**Dom Ausland.**

**Die Vierundzwanzig-Stunden-Boche in Australien.** Auf Grund der Entscheidung der Lohnämter im Staate Victoria ist die Vierundzwanzig-Stunden-Boche in diesem Lande in folgenden 27 Berufen oder Industriezweigen vorgeschrieben: für das gesamte Baugewerbe, Schuhmacher, Kleidermacher, Gärtner, Strohhutmacher, Fernfahrer von Arbeitsbedeckung, Putzfrauen, Clerks im Handel, mit Ausnahme der im Kleingewerbe beschäftigten, Fernfahrer mechanischer Instrumente, Photographen, Kanalwärter usw., Schiffbauer, Graveure, Angestellte in gewissen Großhandelsgruppen, Schirmmacher, Ausbesserer und Unterzeugmacher.

Die Angestellten im Kleinhandel, Steinbrucharbeiter und das Baugewerbe arbeiten 46 Stunden in der Woche. Wenn über diese Höchstzahl hinaus gearbeitet wird, so treten besondere Ueberstundenzulagen in Kraft.

**Die Panarbeiter in Sydney, der Hauptstadt der New South Wales.** Die Arbeiter sind sehr energisch gegen alle Versuche zur Verlängerung der Vierundzwanzig-Stunden-Boche zu widerstreben. Ueberstunden sollen in jedem Falle abgelehnt werden, solange nicht der betreffende Fall von der Gewerkschaft untersucht und gutgeheißen wurde.

**England.** Die Kommission der Arbeitslosenfürsorge hat dem Parlament Bericht über den Stand der Dinge nach der Angabe des Arbeitsministers rund fast 250 Millionen Pfund Sterling.

**Belgien.** Die Gewerkschaftskommission des belgischen Arbeiterpartei wurde dem Verlaufe eines Gesetzes betreffend Arbeitslosenversicherung, zu dem der Fortschritt der belgischen Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeschlossen. Demnach sollen belgische Versicherungsvereine mit einem be-

sonderen Landes-Rückversicherungsfonds geschaffen werden. Der letztere würde bei verlängerter Arbeitslosigkeit in Anspruch genommen werden können. Nach dem Entwurf würden Arbeitgeber für die britische Arbeitslosenklasse Beiträge nicht zu zahlen haben, weil man die Einmischung der Arbeitgeber bei der Verwaltung zu vermeiden wünscht. Die Versicherung soll obligatorisch sein für alle Arbeitseinkommen bis zu 12000 Fr. im Jahre. Die übrigen Arbeiter würden eine freiwillige Versicherung eingehen können. Trotz des Einspruches einiger Vertreter war man der Ansicht, daß die Unterstützungshöhe auf zwei Drittel des Normallohnes beschränkt werden soll. Die britischen Klassen würden eine Unterstützung für die Dauer bis zu 60 Tagen zahlen können, während bei noch längerer Arbeitslosigkeit der Landesfonds herangezogen werden kann. Der Staat soll den Ortsklassen einen Zuschuß in der Höhe der Hälfte der eingegangenen Beiträge leisten. Ferner werden von der Provinzial- und Gemeindebehörden Zuschüsse von je 20% gefordert.

Der Rückversicherungsfonds würde von den Arbeitgebern einen Beitrag von 75% erheben, der Staat hätte 25% dazuzulegen und die Arbeiterorganisationen 5%.

**Fachliteratur.**

**Deutsche Malerzeitung die Mappe.** Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag von Georg D. W. Callweh in München. Das Augustheft enthält die Tafel 19: Innenraum von J. C. Oued; Tafel 20: Farbige Häuserzeilen von Ludwig Heißberger; Tafel 21: Decke und Wand von Gott. Gebing; Tafel 22: Drei Frieze von E. Stiegmann. Sämtliche Tafeln eignen sich gut zur praktischen Verwertung und bieten den Kollegen mancherlei Anhaltspunkte. Von den ersten drei Tafeln ist außerdem die gute Farbenstimmung hervorzuheben.

Das Septemberheft enthält: Tafel 23: Innenraum von W. Nothaus; Tafel 24: Fensterläden von Karl Sommer; Tafel 25: Moderne Decke und Wand von M. Sternagel; Tafel 26: Moderne Wandmuster von Emil Blod; Tafel 27: Neue Schrift für Schablonen von Ludwig Bek.

Der Preis für die deutsche Malerzeitung „Die Mappe“ beträgt für Ausgabe A vom 1. Oktober an 120 M vierteljährlich, die Ausgabe B, technische Wochenschrift allein, 75 M im Vierteljahre. Der Preis ist angefallen der furchtbaren Geldentwertung ein äußerst geringer, wenn man bedenkt, daß heute alles um das Hundert- bis Dreihundertfache und mehr im Preise gestiegen ist. Zu Friedenszeiten kostete die Zeitschrift 3 M pro Quartal.

**Literarisches.**

**Schicksale der Völker, von Alexander von Gleichen.** Ruhmwort, ist der neueste Band, den der Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag, Berlin W 50, für seine Mitglieder herausgegeben hat. Im Vorwort heißt es: „In diesem Buch will ich Dichterräumen mich anvertrauen, um das Werden des geschichtlichen Menschen in Landschaft, Fabel und Anschrift zu schildern. Seine Völker will ich befragen und mich einführen in das Geheimnis, wie sich ein Stamm zum geschichtlichen Volk bildet, auf den unergründlichen Wellen emporblüht, einem Lotus gleich, der seine Knospe daraus emporzuheben weiß zur Kolonialkultur und, wenn die Zeit vorüber ist, sich wieder hinabsenkt, wo seine Knospe feiert, in das Unergründliche des Gewässers. Im Schicksale der Völker wie im Schicksale des einzelnen ist der Schöpfungsgebieterisch... Was äußerliches Geschehen aus einem Menschen, aus einem Volke macht, wie es sich festlich verhält zu Glück und Unglück, wie es Gefahr, wie es Erfolg übersteht, mit welcher stiftlichen Kraft, das ist seine Geschichte, das macht historische Studien bedeutungsvoll für die Gegenwart... Wie der einzelne unter andern hervorsticht, wenn er ein scharfgeschnittenes Profil zeigt, so ragen die geschichtlich beglaubigten Völker hervor. Die schärfsten, niemals aus dem Bewußtsein der Menschheit zu verlöschenden Profile haben auf alle späteren Völker gewirkt, und alle späteren haben von ihren großen Ueberlieferungen geerbt, sind Geist von ihrem Geist geworden.“ Auch dieser Band (370 Seiten umfassend) ist auf holzfreiem Papier gedruckt, in Gabelnetzen gebunden, und stellt eine anerkennenswerte Leistung des Verbandes dar. Die Mitgliedschaft ist kostenlos. Satzungen und zweihundertseitiges Verlagsverzeichnis sind kostenlos zu beziehen vom Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin W 50, Rantestraße 34.

**Arbeiter-Rotkalender für 1923.** Das handliche, gut gebundene Rot- und Nachschlagebüchlein wird demnächst wieder im Verlage der Buchhandlung Bornhörs, Berlin, und J. H. W. Dieß Nachf. erscheinen. Bei den vielseitigen Interessen, die den modernen Arbeiter betreffen, kann er eines Taschenbuches nicht entbehren, das ihm die nötigsten Auskünfte und gleichzeitig Gelegenheit zu eigenen Eintragungen gibt. Genosin Judacz behandelt in einem instruktiven Aufsatz das Fürsorgewesen und bezeichnet die hier in Frage kommenden Adressen. Auch das übrige Adressenmaterial (Partei, Gewerkschaften, Presse, Buchhandlungen, Volkshäuser, Sport- usw. Organisationen) ist von besonderer Reichhaltigkeit. Dem Kalenderisch gegliederten Teil für eigene Notizen begleitet die Angabe wichtiger Gedenktage. Alles in allem: ein nützliches Büchlein, das zur Anschaffung empfohlen werden kann.

**Sterbetafel.**

**Berlin.** Am 31. August starb der Kollege Richard Glanzel, geboren am 19. August 1883 in Dresden.  
**Griesberg i. S.** Am 2. September starb unser Kollege Georg Neuf im Alter von 20 Jahren. — (Zahlstelle Dorheim) Am 28. Juli starb nach langem Leiden unser Kollege Heinrich Wanschmann im Alter von 63 Jahren.

**München i. B.** Am 24. August starb nach kurzem, schwerem Leiden an Hirnpflegelähmung unser Kollege Richard Kollis im Alter von 82 Jahren.  
**Stuttgart.** Am 18. August starb der Kollege Chr. G. S. L. L. o. p., geboren am 16. September 1862.  
**Wismar.** Am 8. August starb nach längerem Leiden unser Kollege Adolf Schönn, geboren am 11. Februar 1871 zu Gannst.  
Ehre ihrem Andenken!

**Anzeigen**

**Wagenlackierer**  
Wichtige, selbständige  
werden bei gutem Lohn sofort  
eingesetzt. Stelle wird vergütet.  
Kaufpreisliste von RUPPEN  
G. m. b. H. & Co., Offen.

**Zeber Kollege**  
bestellt sofort einen Probeband  
**Der Dekorationsmaler**  
3 frühere Fests mit 14 feinsten  
Bordüren. Preis 30 M bei  
Voreinzahlung des Betrages.  
**Quellen-Verlag,**  
München-Daßing, Pippingerstr. 2.

**Lackierwerkstatt**  
(Wiesbaden) mit sämtlichen In-  
ventar und Warenvorräten  
**H. G. G. G. G.**

**Wih. L. Walter & Co.**  
Öl, Lacke, Farben  
Billigste Bezugsquelle für  
Malerei und Lackieren.  
Samburg, Alt. Steinweg 40.  
Geschäftsteil von 8/1 bis 8/2.

Mehrere tüchtige gelernte  
**Wagen-Lackierer**  
zum sofortigen Eintritt gesucht.  
**BENZ & Cie.** Rhein. Automobil-  
Motoren. A.-G., Mannheim.

**! Tüchtige Lackierer!**  
Möbel repariert. finden dauernde Beschäftig. i. unserer Abt. Automobilbau.  
Gehr. Reichenstein, Brennabor-Werke, Brandenburg a. d. H.

**Malerschule Buxtehude**  
Größe und älteste Fachschule für Dekorationsmaler.  
Letzte Frequenz 200 Schüler, 24 Meisterprüfungen.  
Zahl. gold. Medaillen u. Ehrenpreise Silberne Staatsmedaille 1904.  
Wintersemester 1922/23: 1. Oktober bis 31. März  
Meisterkurse. Akademiekurse. Sonderkurse.  
Gegründet 1877. Eintritt jederzeit. Prosp. d. die Direktion.

**Spezial-Firnis „RUDOL“**  
hell, zirka halb so teuer wie Leinölfirnis, als Ersatz  
sowie zum Verschneiden von Leinölfirnis geeignet.  
Probekannen von 5 kg gegen Nachnahme.  
Chemische Fabrik RUD. OEHLE, Berlin SO 101, Lübbener Strasse 1.

Bestim des 20jährigen Bestehens unserer Spezialschule für  
**Holz- u. Marmorimitation**  
am 1. November 1922  
**Jr. Meiershausen & Co., Hamburg 5.**  
Habenstr. 19. Man verlange Prospekt!

**Arbeitslose** über eine selbständige Griffens Suchende, die  
wöchentlich 500 bis 1000 M verdienen wollen, lassen sich sofort mittels schon  
von Studenten Kammer mit Erfolg benutzten Buchstaben-Baufen zur  
Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie zur Herstellung von  
Platen und Schilderarbeiten aller Art ausbilden. Mit Hilfe meiner  
Buchstabenpausen kann jeder sofort die feinsten Glasplattmalereien  
herstellen. Besonders sehr wertvoll sind die ganz neuen Aluminium-  
Glasplattmalereien, die etwas gangbarer und vornehm sind. Ganze  
Serien Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten, jedes Al-  
phabet 24 große und 24 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten  
und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm, sowie Zeichen, Bahnen  
und Bezugsarten in 4 verschiedenen Größen nebst festem Kritztafel-  
schuß mit eigenem Rahmen des Behalters im Werte von allein 50 M,  
einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium; nebst genauer  
Gebrauchsanweisung; Preis der kompletten Serie nur 125 M gegen  
Nachnahme oder Einzahlung des Betrages von 120 M.  
Albin Huttmacher, Maler, Sitten (Süd), Rheinland.

**Die Erfolge eines Monats**  
die von den in- und ausländischen Schülern im Mecklenb.  
Malertechnum Schwerin i. M. seit 16 Jahren erzielt werden,  
übertraten in jeder Hinsicht weit ihre Erwartungen. Die  
konkurrenzlosen, erfolgreichen Monats-Sonderkurse haben  
sich durch unser einzigartiges grundlegendes Lehrsystem für  
Schüler — und ganz besonders in diesen ählichen Jahren der  
Teuerung — glänzend bewährt. Ausführl. Aufklärungschr.  
Nr. 10 u. 15 nebst Lehrplan kostenlos durch die Direktion.

Die Woche vom 18. Septb. bis 23. Septb. 1922  
ist die 38. Beitragswoche.